

## Niederschrift

über die 8. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.05.2022  
(11. Wahlperiode)

## Tagesordnung

	Seite
<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	4
<b>1 Einwohnerfragestunde</b> .....	4
<b>2 Aktueller Stand Kita-Bedarfsplanung und Einrichtung von Übergangsguppen zur Sicherstellung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz Vorlage: FB2/1508/2022</b> .....	4
<b>3 Update Kita-Navigator 4/Einführung eines neuen Vergabeverfahrens (Gale-Shapley) Vorlage: FB2/1509/2022</b> .....	5
<b>4 Schulsozialarbeit Vorlage: FB2/1507/2022</b> .....	7
<b>5 Information zur Flüchtlingssituation - Kinder und Jugendliche aus der Ukraine: in der Sitzung wird berichtet</b> .....	7
<b>6 Anträge</b> .....	8
<b>7 Anfragen</b> .....	8
<b>8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle</b> .....	8
<b>9 Termin der nächsten Sitzung: 01.09.2022</b> .....	9
<b>10 Verschiedenes</b> .....	9

Sitzungsort: Städt. Realschule Osterath, Görresstr. 6, 40670 Meerbusch, Aula

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:05 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzende**

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

**von der CDU-Fraktion**

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Herr Fabian Hasebrink Ratsmitglied

Herr Max Pricken Ratsmitglied Vertretung für Herrn Jörg Wartchow

**von der FDP-Fraktion**

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

Frau Annette Wilhelmus Sachkundige Bürgerin

**Personen, die von Wohlfahrts- od. Jugendverbänden od. gleichgestellten Organisationen vorgeschlagen sind**

Frau Ilona Appel Ratsmitglied

Frau Friederike Böcker-Lehmhaus NABU Naturschutzbund -  
Kreisverband Neuss  
Sachkundiger Bürger

Herr Christian Bößen

Herr Jürgen Eimer AWO Rhein-Kreis Neuss

Herr Joris Mocka Ratsmitglied

Frau Angelika Schumann Tagesmütter e.V.

**Beratende Mitglieder**

Frau Michaela Danker Stadtjugendring

Herr Stephan Engel Polizeibehörde

**von der Verwaltung**

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Peter Annacker Vertreter der Stadt

Frau Samantha Bröbel Fachbereich 2

Frau Stefanie Fandel Fachbereich 2

Frau Susanne Rieth Fachbereich 2

Herr Jan Zimmermann Fachbereich 2

**Schriftführerin**

Frau Angela Römmler-Graf Fachbereich 2

es fehlen:

**von der CDU-Fraktion**

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

**von der SPD-Fraktion**

Herr Georg Neuhausen

Ratsmitglied

**von der Fraktion UWG/Freie Wähler**

Frau Daniela Glasmacher

Ratsmitglied

**Beratende Mitglieder**

Frau Martina Ketzer

Evangelische Kirchengemeinde

Frau Sümeyra Köroglu

Jugendamtselternbeirat

Frau Carolin Kroll-Schlüter

Amtsgericht Neuss Familiengericht

Herr Marc Möhr

Integrationsrat

Herr Philipp Scharner

Agentur für Arbeit Mönchengladbach

Frau Pia Schillings

Katholische Kirchengemeinden

Herr Wolfgang Witsch

Bezirksreg. Düsseldorf, Dez. 47  
- Schule

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vorsitzende Schoppe die Anwesenden und stellt die frist- und formgerechte Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Zudem wird auf die Beachtung aller Vorsichtsmaßnahmen zur Vermeidung von Infektionen mit dem Covid 19-Virus hingewiesen.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1 Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

### **2 Aktueller Stand Kita-Bedarfsplanung und Einrichtung von Übergangsguppen zur Sicherstellung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz Vorlage: FB2/1508/2022**

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird ermächtigt, zur Realisierung individueller Rechtsansprüche ggf. erforderliche weitere Plätze im Kita-Jahr 2022/2023 durch Übergangslösungen zu schaffen und diese im Rahmen der Endabrechnung nach dem Kinderbildungsgesetz mit dem Land abzurechnen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

Fachbereichsleiter Annacker verweist zunächst auf die zum Stand 15.03. beschlossene Bedarfsplanung und gibt sodann einen Überblick über die in der aktuellen Vorlage erläuterten erforderlichen Aktualisierungsbedarfe. Neben der Notwendigkeit von Überbelegungen werde das Votum des Ausschusses erbeten, zur Realisierung von Rechtsansprüchen nach geeigneten Provisorien zu suchen, um pädagogische Ausrichtungen bestmöglich gewährleisten zu können.

Ratsherr Fliege kündigt die Zustimmung zum Beschlussvorschlag an, äußert jedoch Unzufriedenheit mit der erneuten Notwendigkeit von Überbelegungen und dem insgesamt unzureichenden Raumangebot.

Ratsherr Jörgens schließt sich diesen Ausführungen grundsätzlich an und verweist ergänzend auf mögliche Auswirkungen aus dem Ukraine-Krieg. Zudem erfordere zusätzliches Raumangebot zusätzliches Personal, so dass sich erneut die Frage nach möglichem Einsatz auch von Nicht-Fachkräften stelle.

Fachbereichsleiter Annacker erläutert, dass der Verzicht auf Ausbauplanung wegen Unwägbarkeiten bei der Personalakquise keine Option sein könne.

Die derzeitige Planung in Nierst sehe ein Provisorium in örtlicher Nähe zur Kita Mullewapp vor, so dass dort eingesetztes, zusätzliches Personal in den späteren Neubau der Kita übernommen werden könne. Für Osterath bestehe weiterhin die Hoffnung, dass der Investor tatsächlich baue und die neue Einrichtung zum Kita-Jahr 2023/2024 belegt werden könne.

Auch für die Verwaltung seien Überbelegungen unstrittig pädagogisch nicht sinnvoll und zudem eine zusätzliche Belastung für das Personal. Die geäußerte Unzufriedenheit werde daher geteilt, im Ergebnis stünden jedoch keine Grundstücke entsprechend § 34 BauGB zur Verfügung.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Jörgens zum Einsatz der ehemaligen Kita Sonnengarten erläutert Fachbereichsleiter Annacker, dass die ehemaligen Gruppenräume für die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine umgebaut worden seien. Das angrenzende ehemalige Familienzentrum stehe für niederschwellige Betreuungsangebote zur Verfügung. Voraussetzung dieses Brückenprojektes sei die Nähe zu den Eltern, welche bei Unterbringung der Eltern in der ehemaligen Kita und Betreuung der Kinder im ehemaligen Familienzentrum gewährleistet sei.

Hinsichtlich der Anregung von Ratsherrn Fliege zur Dauerausschreibung von ErzieherInnen-Stellen erläutert Fachbereichsleiter Annacker, dass diese auf der städtischen Homepage bereits vorhanden sei. Letztlich könne aber die Beibehaltung des Fachkräftegebotes bei gleichzeitigem Rechtsanspruch auf Dauer nicht funktionieren. So sei nicht nachvollziehbar, warum z.B. eine ausgebildete Tagesmutter, die alleine bis zu 5 Kinder betreuen dürfe, nicht als Ergänzungskraft in einer Kindertageseinrichtung eingesetzt werden könne. Über die Notwendigkeit zur Änderung des Stellenportals sei aus dem Kreis der Jugendamtsleiter bereits an die Kommunalen Spitzenverbände berichtet worden.

Zur Überlegung von Ratsherrn Fliege, durch einen Waldkindergarten neue Betreuungsplätze zu schaffen ohne zusätzlichen Raumbedarf erläutert Fachbereichsleiter Annacker, dass die Voraussetzungen bereits vor Jahren geprüft worden seien. Grundsätzlich handele es sich um ein schönes Konzept, jedoch sei für wenige Kinder ein höherer Personalbedarf gegeben; zudem bestünden Hindernisse hinsichtlich der Baugenehmigung für den erforderlichen Bauwagen. Im Ergebnis sei die Möglichkeit verworfen worden. Ratsherrn Mocka berichtet hier über ein gelungenes Projekt der Stadt Hildden.

Sachkundiger Bürger Eimer weist bezüglich der Personalsituation darauf hin, dass ein grundsätzliches Problem bei der Ausbildung von ErzieherInnen auch im Mangel an Lehrkräften bestehe. Bewerber gebe es ausreichend, diese müssten jedoch vorab einen Praxisplatz vorweisen können. Eine weitere Möglichkeit bestehe zudem – z.B. für Alltagshelfer – im Besuch eines Abendlehrganges bei der Kaiserswerther Diakonie bei entsprechender Mehrbelastung. Aktuell bedeute Personalgewinnung allerdings in der Regel lediglich Trägerwechsel.

Ratsherrn Jörgens appelliert an die zukünftigen Koalitionspartner in der Landesregierung, die Gelegenheit zu nutzen, das Fachkräftegebot zu thematisieren.

Anschließend wird dem Beschlussvorschlag einvernehmlich zugestimmt.

Ergänzung der Schriftführerin:

*Dem Protokoll ist der Schnellbrief 315/2022 des Städte- und Gemeindebundes vom 02.06.2022 zum Thema „Fachkräftemangel im Bereich Tageseinrichtungen für Kinder“ zur Information beigefügt.*

**3 Update Kita-Navigator 4/Einführung eines neuen Vergabeverfahrens (Gale-Shapley)  
Vorlage: FB2/1509/2022**

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Beschlussfassung zur Implementierung des Updates der ITK zum Kita-Navigator 4 einschließlich des Vergabeverfahrens nach Gale-Shapley zu vertagen.

**Abstimmungsergebnis:**

Vertagung mehrheitlich beschlossen

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	4		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
SPD	-		
FDP	1		
UWG/Freie Wähler	-		
Personen, die von Wohlfahrtsverbänden vorgeschlagen sind		1	
Personen, die von den Jugendverbänden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen sind	5		
<b>Gesamt:</b>	<b>12</b>	<b>1</b>	

Anhand eines Kurzfilmes der Uni Braunschweig wird die Funktion der Zuordnung eines Betreuungsplatzes im Vergabeverfahren nach Gale-Shapley vorgestellt.

Im Anschluss werden Für und Wider des arithmetischen Verfahrens diskutiert. Frau Fandel beantwortet Nachfragen und betont, dass die vollständige Vergabe aller Plätze an einem festgelegten Stichtag insbesondere für die Eltern einen deutlichen Zeitgewinn und Planungssicherheit bewirke. Das derzeitige Verfahren nehme bis zur Vergabe der letzten Plätze mehrere Wochen in Anspruch. Berücksichtigt seien dabei die Priorisierung der Eltern und der Kita, so dass im Ergebnis jedes Kind in der am besten passenden Kita berücksichtigt werde. Besondere Vergabekriterien – z.B. Geschwisterregelung, Mitarbeiterkinder, Inklusion – könnten transparent Berücksichtigung finden.

Fachbereichsleiter Annacker ergänzt, dass der Weg zur Wunsch-Kita z.B. durch Kennenlernen von Eltern/Kind/Kita unverändert bleibe, lediglich die Vergabe könne deutlich schneller erfolgen. Die Träger hätten weitgehende Zustimmung rückgemeldet, lediglich eine Kita habe schriftliche Nachfragen gestellt, die inhaltlich hätten ausgeräumt werden können. Das Dokument werde dem Protokoll beigefügt. Eine Befragung der Eltern habe nicht stattgefunden, jedoch sei die Rückmeldung aus Kommunen, die das Vergabeverfahren bereits anwendeten, durchweg positiv.

Ratsherr Mocka begrüßt das Vergabeverfahren als transparent und neutral und regt die erneute Prüfung der Aufnahme der Kindertagespflege in das Vergabeverfahren an. Fachbereichsleiter Annacker verweist auf den nicht unerheblichen Aufwand, der insbesondere für die Tagespflegepersonen entstehen würde und die Problematik der unterjährigen Vergabe. Er sagt aber zu, die Möglichkeiten mit dem Tagesmütterverein zu diskutieren, um zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen.

Fachbereichsleiter Annacker führt weiter aus, dass sich alle aufgeworfenen Fragen zur Vergabe bereits heute stellen. Jeder Träger stelle im Rahmen seiner Trägerautonomie seine eigenen Kriterien auf und wähle Wunsch-Kinder aus; ebenso die Eltern nach ihren persönlichen Auswahlkriterien die Wunsch-Kita. Garant für den Betreuungsplatz sei jedoch das Jugendamt. Entscheidend sei, dass nach dem arithmetischen Vergabeverfahren im Ergebnis jedes Kind einer Kita zugewiesen werde, die es in seine Priorisierungsliste aufgenommen habe. Aufgrund der noch bestehenden Mangelverwaltung würden aber weiterhin Kinder unversorgt bleiben. Hierüber könnten Eltern aber deutlich früher informiert werden, so dass sie handlungsfähig seien.

Ratsherr Jörgens berichtet, dass in seiner Fraktion intensiv über das Angebot diskutiert worden sei und Unklarheit bestehe, ob ein mathematischer Algorithmus dem Anliegen gerecht werden könne. Zudem seien die Bedingungen für den Algorithmus im sozialen Kontext zu diskutieren und festzulegen. Mit Dank für die Beantwortung vieler Fragen und weitere Informationen beantragt er die Vertagung der Beschlussfassung aufgrund weiteren Beratungsbedarfs in der Fraktion.

Bei einer Ablehnung wird dem Antrag auf Vertagung zugestimmt.

#### **4 Schulsozialarbeit** **Vorlage: FB2/1507/2022**

##### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss und Ausschuss für Schule und Sport beschließen:

- a) Die Verwaltung wird beauftragt mit dem Rhein-Kreis Neuss die Verteilung der landesseitig geförderten Stellen der Schulsozialarbeit (ehemals BuT, jetzt „Richtlinie über die Förderung von Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen“) wie folgt zu vereinbaren: Von den 1,75 Stellenanteilen sollen 0,5 Stellenanteile auf die Realschule Osterath und 1,25 Stellen auf die Grundschulen in Büderich sozialräumlich verteilt werden.
- b) Die städtischen Jugendsozialarbeiter an Schulen werden insbesondere in den Grundschulen der Stadtteile Lank-Latum, Strümp und Osterath, ebenfalls auf Grundlage eines sozialräumlichen Gesamtkonzeptes tätig.
- c) Der Jugendhilfeausschuss spricht sich ausdrücklich dafür aus, dass die Landesförderung für die ehemaligen BuT-Stellen 1:1 an Meerbusch weitergereicht wird und in der Folge diese Stellen in den städtischen Stellenplan einfließen.

Die gewählte Verteilung und die konzeptionellen Schwerpunkte werden zum Schuljahr 2022/2023 eingeführt und sind jährlich – erstmalig zum Schuljahr 2023/2024 – zu evaluieren und die Ergebnisse im Ausschuss zu erörtern.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

Erster Beigeordneter Maatz führt aus, dass erstmals neben der landfinanzierten Schulsozialarbeit – ehemals BuT – erfreulicherweise auch kommunalfinanzierte Jugendsozialarbeit an Schulen angeboten werden könne. Die 3 Jugendsozialarbeiter – Samantha Bröbel und Jan Zimmermann stellen sich dem Ausschuss kurz vor, Barbara Zündorf beginnt am 01.06.2022 – würden das „BuT-Team“ an 5 Grundschulen in Meerbusch auf Basis eines sozialräumlichen Konzeptes unterstützen. Das Konzept sehe 60% Tätigkeit an den Schulen, 30% sonstige Projekte in Meerbusch, 10% Verwaltungstätigkeit vor und sei mit allen Beteiligten abgestimmt. Bezüglich der sich aus a) und b) des Beschlussvorschlages ergebenden Stellen sei beabsichtigt, zum Stellenplan 2023 die Entfristung der aktuell befristeten 3. Stelle vorzuschlagen.

Hinsichtlich der unter c) dargelegten Stellen erfolge die Koordination der ehemaligen BuT-Stellen derzeit noch beim Rhein-Kreis Neuss, was sich bei der Weiterleitung der Landesförderung mindernd auswirke. Die Stadt Meerbusch wie auch andere kreisangehörige Kommunen seien der Auffassung, dass eine Koordination vor Ort zielgerichteter erfolgen könne und setzten sich für die vollständige Weiterleitung der Landesförderung an die Kommunen ein. Der Rhein-Kreis Neuss halte noch am bisherigen Verfahren fest, werde es aber evaluieren. Mit dem Beschlussvorschlag unter c) werde die Unterstützung des JHA bei den Verhandlungen mit dem Rhein-Kreis Neuss erbeten.

Sodann erfolgt die einvernehmliche Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

#### **5 Information zur Flüchtlingssituation - Kinder und Jugendliche aus der Ukraine: in der Sitzung wird berichtet**

Fachbereichsleiter Annacker berichtet unter Hinweis auf die ohnehin regelmäßige Information im Rahmen der Treffen des Runden Tisches Ukraine, dass sich aktuell 629 geflüchtete Personen in Meerbusch aufhielten, davon ca. 600 Personen in privaten Haushalten. Im Übrigen seien die Menschen in den Übergangwohnheimen Heidbergdamm und Hülsenbuschweg untergebracht. Im Weiteren stehe zwischenzeitlich die ehemalige Kita Sonnengarten mit bester Unterbringungsqualität zur Verfügung, ab 01.06.2022 auch das ehemalige Hephata-Behindertenzuhause in Osterath. Zudem stünden die Turnhalle Stettiner Straße mit bis zu 80 Betten und die Turnhalle Erwin-Heerich-Haus mit bis zu 40 Betten kurzfristig zur Aufnahme bereit, beide mit einer 24-Stunden-Betreuung.

Hinsichtlich der Kita-Bedarfsplanung befänden sich unter den Geflüchteten ca. 30 Kinder im Alter von 3 bis 5 Jahren; einige Kinder seien zur Vorbereitung auf die Einschulung bereits mit einem Kita-Platz versorgt.

Erster Beigeordneter Maatz ergänzt hinsichtlich der schulischen Versorgung, dass unter Beteiligung der Schulaufsicht für ca. 120 Kinder die Beschulung an Grund- oder weiterführender Schule zu koordinieren sei. Die Zuordnung erfolge zunächst nach Einschätzung der Kommune, die Beratung durch das Kommunale Integrationsamt könne oft erst im Nachgang erfolgen. Willkommens- oder Seiteneinsteigerklassen seien aktuell nicht geplant; die Kinder würden jahrgangswise nach Einschätzung der Fähigkeiten integriert. Festzustellen sei, dass bei den ukrainischen Familien eine ausgeprägte Bildungsorientierung mit starkem Trend zum Gymnasium gegeben sei. Bezogen auf die MINT-Ausrichtung (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) seien die Kinder im Schulstoff durchschnittlich 1 bis 2 Schuljahre weiter. Im Ausschuss für Schule und Sport am 08.06. werde die Evaluierung der Schulentwicklungsplanung Thema sein; lt. Arbeitskreis Schulentwicklung seien spätestens ab 2024 Interimslösungen erforderlich. Insgesamt fänden sich die Schülerinnen und Schüler gut ein, sie seien Gewinn und Herausforderung zugleich.

Erster Beigeordneter Maatz berichtet weiter, dass zur Sprachförderung bis zur Sommerpause 400 Plätze in Schulen, VHS und außerschulischen Angeboten zur Verfügung stünden. Es handele sich um gute Angebote, die in allen Stadtteilen auch gut angenommen würden.

## **6 Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

## **7 Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

## **8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle**

Frau Rieth weist eingangs auf die ausgelegten Flyer zur Eröffnung des Skate- und Bike-Park Meerbusch am 11.06.2022 hin, der zusammen mit den Jugendlichen geplant und organisiert werde. Die bisherigen Rückmeldungen ließen auf eine rege Teilnahme und eine große Veranstaltung hoffen.

Im Weiteren berichtet Frau Rieth ausführlich zur Umsetzung des Kinder- und Jugendförderplanes. Die Zusammenstellung ist als Anlage beigefügt; ebenso eine graphische Darstellung des amtlichen Wahlergebnisses zur Landtagswahl NRW im Vergleich zur entsprechenden U18-Wahl. Zudem liegt dem Protokoll eine Übersicht „Aktionen der Mobilen Jugendarbeit März bis Mai 2022“ bei.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Jörgens zum geplanten Kinder- und Jugendbüro teilt Fachbereichsleiter Annacker mit, dass am 14.06. ein Termin mit dem für Städtebauförderung zuständigen Ministerium vereinbart sei zur Klärung der förderfähigen Projekte. Je nach Realisierungsdauer werde die Suche nach geeigneten Standorten bereits vorab aufgenommen.

Am Skate- und Bike-Park sei kein Kinder- und Jugendbüro geplant, jedoch ein – neben dem Abenteuerspielplatz – zweiter Standort für die Mobile Jugendarbeit. Mit dem SB 11 gebe es bereits Überlegungen zum Aufbau eines Bürocontainers.

## **9 Termin der nächsten Sitzung: 01.09.2022**

## **10 Verschiedenes**

Es besteht kein Beratungsbedarf.

Um 18.55 Uhr schließt Vorsitzende Schoppe den öffentlichen Teil der Sitzung.

Meerbusch, den 07. Juni 2022

---

Petra Schoppe  
Ausschussvorsitzende

---

Angela Römmler-Graf  
Schriftführer/in